

Die Freie Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1922 Nr. 40

Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich 3 M. 12. — ohne Porto. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhändler und unsere Hauptstellen entgegen.
Verlagsanstalt: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801.
Abends von 7 Uhr an Redaktion 5608 und 5610. — Postfach: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe
Dienstag, 24. Januar

Anzeigenpreis: Die Spalte 30 mm breit und 20 mm hoch 1.20 M. Die Spalte 30 mm breit und 40 mm hoch 2.00 M. Rabatt nach dem Ermessen des Verlegers.
Geschäftsstelle: Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf: Amt Kurier Nr. 6290
Ebene Berliner Schriftleitung. — Druck: von Otto Thiele, Halle-Saale

Aufgaben der Landwirtschaft

Zweite sächsische Landwirtschaftswoche

Dresden, 24. Januar.

Zwölf des Eisenbahnerkreises war die Beteiligung an der gestern vormittag erfolgten Eröffnung der 2. Sächsischen Landwirtschaftswoche aus dem ganzen Lande eine außerordentlich zahlreiche. Der Vorsitzende des sächsischen Landeslandwirtschaftsvereins, G. Wagner, eröffnete die Tagung, indem er scharfe Worte der Verurteilung für den in unwürdiger Weise angelegten Eisenbahnerstreik fand, der in verhängnisvoller Weise in unser gemeinsames Wirtschaftsleben eingegriffen hätte. Man könne nur wünschen, daß die zuständigen Stellen im nächsten Frühjahr gegenüber dem noch energischer eingreifen und „Soll“ gebieten möchten.

Nebher wird denn darauf hin, daß wir heute in Deutschland unter der unglaublichen Bedröhung eines Vorkriegsstandes stehen, der selbst der Hauptkategorie am Krieges ist, und unterhalb zum Ausdruck bringt, daß es kein Ziel ist, Deutschland bis zum Abgründe zu bringen. Selbst habe die große Menge noch gar keine Ahnung, wie schlecht es um uns steht. Für die sächsische Landwirtschaft ergaben sich in dieser schmerzlichen Zeit ganz besonders große Aufgaben. So lange das Inlagevermögen noch besteht, haben alle Landwirte die Verpflichtung, in vollem Umfange ihr Geld zu erfüllen. Es war der Erfolg der sächsischen Landwirtschaft, als im vorigen Jahre feststellte werden konnte, daß sie 184 Prozent ihres Geldes außeracht hätten. Möchten doch alle Landwirte in allen Teilen unseres Vaterlandes ihre Pflicht in gleichem Maße erfüllen.

Die Landwirtschaft muß täglich durch die Zeit beweisen, daß wir mehr erfüllen können, als die Zwangsverwaltung uns auferlegt. Gegenüber dem auf dem Unabhängigen Parteitag in Leipzig erneut zum Ausdruck gekommenen Vorkriegsstand der Landwirtschaft für die Zukunft: Wir können es, unser deutsches Vaterland, und wir werden bis zum letzten ein zehntel für seine Erhaltung und bis zum letzten ein Viertel für seine Erhaltung. Wir müssen verlangen, daß Ruhe und Ordnung im Lande und der Schutz des Lebens und Eigentums gewährleistet werden. Es darf nicht mehr vorkommen, was die Eisenbahn unter einer Reichsleitung ist, und was in den letzten Monaten in Bezug auf Vermögensverluste war. Der Fall war, das Verlangen der Eisenbahn war ein offener Kampf. Um Selbst zu der Redner die Angehörigen der Landwirtschaft auf, einig und entschlossen zusammenzutreten.

Hierauf sprach der Präsident des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Ober v. Braun, über die Produktionssteigerung in der Landwirtschaft. Er wies einmütig darauf hin, daß in einer Zeit, in der Leben so außerordentlich notwendig ist, im Reichstage nur Leere Gehörten werden, die mit den wirklichen Bedürfnissen unseres Vaterlandes auch nicht das mindeste

zu tun hätten. Wenn Deutschland unabhängig in Bezug auf Ernährung und innerlich geschlossen gewesen wäre, dann würden wir wahrscheinlich gar nicht zu dem Krieg gekommen sein. Die Waffen, die uns bezwungen, seien der Hunger und die Hungergefahr der Feinde gewesen, das es gelingen würde, die Eingliederung in den Kampf zu verhindern. Daran sehe man, wo die Streit, die im Wiederaufbau wollen, nur einsehen und arbeiten müssen. Es sei deshalb von außerordentlicher Bedeutung, daß es jetzt gelingen sei, die ganze deutsche Landwirtschaft für das große Ziel des Hilfswertes zu einigen. Wenn das deutsche Volk genug zu essen hat, dann können wir allen Gefahren trotzen, die die Gegenwart für uns bringt. Es sei gelungen, alle landwirtschaftlichen Steuerpflichten in Deutschland auf dieses Ziel zu vereinigen. Das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft will keine höhere, sondern der offenherzige Anstoß der gesamten deutschen Landwirtschaft sein, dem Volk und dem Vaterland durch Steigerung der Produktion zu dienen. Es ist ersehntenermaßen möglich, daß die landwirtschaftliche Produktion bei uns noch um 50 Prozent zu steigen ist. Dabei müssen wir aber auch fordern, daß der Landwirtschaft die Autonomie als Wirtschaftsfaktor gegeben wird. Der Wert des landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Bereiches Grund und Bodens in Deutschland beträgt jetzt rund 300 Milliarden Goldmark. Die Zusammenfassung dieser Kapitalmasse aus Einzelteilen wird das nötige Arbeitsobjekt für das Hilfswort der Landwirtschaft geben. Außerordentlich erfolgreich ist die Aufgabe, daß auch die sozialdemokratischen Landarbeiter sich vollkommen auf den Boden des Hilfswortes gestellt haben, und daß die kritischen Gemäßigten in allerhöchster Zeit das gleiche tun wollen. Die wirtschaftliche Gesundung und die Gesundung der wirtschaftlichen Denkmäler ist auf dem Marsch, und es besteht die begründete Hoffnung, daß wir die ganze Arbeitslosigkeit durch ein entschlossenes Werk der Tat mit fortzureißen vermögen. Helfen Sie, sächsische Landwirte, denen die Räte des vorstehenden Votums so nahe liegen, helfen Sie mit, daß wir unser deutsches Volk wieder emporheben zu der ersten Kulturnation der Welt, selbst der Redner unter begeisterten Beifall.

Hierauf sprach Delemonier Kaiser über die technische Durchführung der Produktionssteigerung.

Keine Einigung über das Steuerkompromiß

Berlin, 24. Januar.

Gestern abend um 6 Uhr traten die Vertreter der Reichssozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratie im Beisein des Reichslandrats Dr. Wirth, des Reichsfinanzministers Dr. Hertel und Dr. Rathenau in der Reichstagskammer zu der bereits angekündigten Sitzung zusammen, um sich über die Frage des Steuerkompromisses zu unterhalten. Die Besprechungen zogen sich bis gegen 11 Uhr hin, die Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Reichssozialdemokratie bezogen sich sofort in den Reichstag, um dort ihren fraktionellen Bericht zu erstatten. Die Verhandlungen dauerten bis in die späten Abendstunden, ohne daß jedoch irgendein Beschluß gefaßt worden wäre.

Französisches Intrigenspiel

Mailand, 24. Januar.

Parigi berichtet dem „Corriere della Sera“ aus Washington, daß man in Konventionen allgemein überzeugt ist, daß Frankreich neue Intrigen im Spiel setzen werde, die die Reparationsfrage nach seinen Wünschen zu regeln. Da es im Obersten Rat unter den gegebenen Verhältnissen nicht durchzuführen kann, verläßt es Japan auf seine Hilfe zu stellen, indem es sich für dessen Vornamstellung in Ostasien einsetzt, um es dafür in der Reparationsfrage für seine Interessen zu gewinnen und so im Obersten Rat die Mehrheit zu erhalten.

Der Reichsleiter des „Journal“ berichtet, daß zwischen der französischen und der belgischen Regierung Verhandlungen eingeleitet worden seien, um das im Jahre 1920 zwischen Frankreich und Belgien geschlossene Militärabkommen in eine Genue umzuwandeln.

Nach demselben Blatte würde sich die französische Regierung gegen vorläufige, in Belgien-Rang zu intervenieren, was dieser bekannt wäre. In London wurden Schritte unternommen, damit die englische Regierung auch behinnehmende Verpflichtungen übernehme.

Eigenartige Finanzgebarung in Reichsstellen

Ein eigenartiges Licht auf Finanzgebarungen in Reichsstellen wirft die von den Abgeordneten Hagenberg und Schulz-Bromberg eingereichte Anfrage, die wir nachstehend mit Rücksicht auf ihren wichtigen Inhalt wiedergeben. Sie befaßt sich mit der von Reich bezahlten Provision für die Beschaffung von Lebensmitteln von amerikanischen Kaffeeplantagen. Die Vermittlung dieser Geschäfte war übertragen einer amerikanischen Gesellschaft Concord Finance Corporation, die sich dazu als ihrer Agenten der Herren Huber und Schaefer bedient hat. Aus dem Inhalt der nachstehenden Anfrage ergibt sich nun die merkwürdige Tatsache, daß die vermittelnde Gesellschaft, wie ihr Präsident und Vizepräsident eidesstattlich versichern, nur eine Provision von 50 000 Dollar verlangt hatten, eintausendfünfzig aller ihnen Agenten erwachsenen Unkosten, während die deutsche Reichsregierung, nach ihrer dem Reichstag gemachten Mitteilung im Wege des Verleids 187 388,19 Dollar Provision zugewilligt hat, allerdings nicht der oben bestimmten Gesellschaft, sondern den Herren Huber und Schaefer, die aber nur Agenten der Gesellschaft waren und laut Vereinbarung mit der Gesellschaft keinen besonderen Anbruch auf Provision an die Reichsregierung hatten. Die amerikanische Gesellschaft legt Wert darauf, festzustellen, daß sie dem deutschen Volk keine übermäßige Provision abnehmen wollte und daß sie also für eine Verwaltungsverantwortung trüge. Um so wichtiger erscheint es für den deutschen Steuerzahler, festzustellen, wer denn die Verantwortung für eine Provision trägt, die in solcher Höhe von der vermittelnden Gesellschaft gar nicht beanprucht worden war. Die Anfrage lautet:

„Durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Aus- und Einfuhr des Reichswirtschaftsministeriums, Kommissar für Lebens- und Futtermittel, Direktor Britschow, sind mit den amerikanischen Vertretern für Rechnung des Reichs zwei Geschäfte auf Lieferung von Fleisch- und Futtermitteln abgeschlossen worden und zwar a) im November 1919 im Werte von circa 15 Millionen Dollar, b) im April 1920 im Werte von circa 45 Millionen Dollar. Für den Abschluß und die Finanzierung der beiden Abkommen hat sich die Reichsregierung der Vermittlung der Concord Finance Corporation zu New-York bedient und hat mit der Verantwortlichen dieser New-Yorker Firma, den Herren Huber und Schaefer, verhandelt. Die Reichsregierung hat in ihrer auf Anfrage vom 28. April 1921 Nr. 19. 1925 der Reichstagsdrucksachen — erklärt, daß der Vertreter dieser amerikanischen Finanzgruppe für beide Abkommen eine Provision von 0,5 v. H. der Kreditbeträge aus beiden Abkommen zugewillt worden sei, daß weitergehende Forderungen der amerikanischen Vertreter abgelehnt worden seien, daß nicht sämtliche Einzelheiten der mündlich gepflogenen Verhandlungen über die Provisionsfrage reiflich aufgeklärt werden konnten, und daß schließlich mit der Concord Finance Corporation sowie den Herren Huber und Schaefer ein Vertrag abgeschlossen worden sei, wonach den amerikanischen Vertretern für das zweite Abkommen als Provision von 187 388,19 Dollar zugewillt worden sei. Hierin sind Anfang des Jahres 1921 169 000 Dollar an die Herren Huber und Schaefer tatsächlich bereits ausbezahlt worden, während Auszahlung des Restes von 18 388,19 Dollar noch aussteht und von den Herren Huber und Schaefer beanprucht wird. Inwiefern ist Anfang des Jahres 1921 an Huber als Provision für das sogenannte Sammandgeschäft ein Betrag von 26 611,81 Dollar ausbezahlt worden.“

Nach einer den Unterzeichneten namentlich vorliegenden eidesstattlichen Versicherung des Vizepräsidenten der Concord Finance Corporation de dato New-York, 24. August 1921, Herrn Wlodmann, welche zum Gebrauch bei deutschen Gerichten bestimmt ist, hat Herr Wlodmann als Vertreter der oben bestimmten Gesellschaft mit Herrn Direktor Britschow im April 1920 vereinbart, daß diese Gesellschaft für das zweite Abkommen-Geschäft und sonstige, dem deutschen Reichsfinanzministerium geleistete Dienste bei der Abwicklung von Finanzgeschäften insgesamt eine Provision von 50 000 Dollar vom Reichsfinanzministerium erhalten sollte, und daß die Concord hieraus aus der Provisionsabnahme des Huber betrieblichen müßte. Bei dieser Gelegenheit hat Direktor Britschow dem Herrn Wlodmann zum dessen eidesstattlicher Versicherung auf dessen Frage ausdrücklich befristet, daß Huber von der deutschen Regierung keine wie immer geartete Vergütung für seine Dienste oder Erlös seiner Rechte und anderer Unkosten erhalten sollte.

Wem es in der Antwort der Regierung (Drucksachen Nr. 1925) heißt, daß den Vertretern der amerikanischen Finanzgruppe eine Provision von 0,5 v. H. zugewillt worden sei, so erhebt sich die Frage: Wie war eine solche Provision gegenüber der von Herrn Wlodmann bestimmten Festlegung der Provision auf 50 000 Dollar möglich? Wann ist sie geschlossen, durch wen und in welcher Form? Ist eine so abnorm hohe Provision nur mindlich ausbezahlt worden?

Keine Einigung über das Steuerkompromiß

Gestern abend um 6 Uhr traten die Vertreter der Reichssozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratie im Beisein des Reichslandrats Dr. Wirth, des Reichsfinanzministers Dr. Hertel und Dr. Rathenau in der Reichstagskammer zu der bereits angekündigten Sitzung zusammen, um sich über die Frage des Steuerkompromisses zu unterhalten. Die Besprechungen zogen sich bis gegen 11 Uhr hin, die Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Reichssozialdemokratie bezogen sich sofort in den Reichstag, um dort ihren fraktionellen Bericht zu erstatten. Die Verhandlungen dauerten bis in die späten Abendstunden, ohne daß jedoch irgendein Beschluß gefaßt worden wäre.

Die Verhandlungen zwischen den Parteien sollen unter Hinzuziehung der Bayerischen Volkspartei heute mittag um 12 Uhr fortgesetzt werden. Schon daraus geht hervor, daß von dem Zustandekommen eines Kompromisses vorläufig noch keine Rede sein kann. Reichslandrat Dr. Wirth sollte bekanntlich heute vor dem Beginn des Reichstages das Wort ergreifen. Diese Rede ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Innerhalb der Regierung ist die Absehung von Kompromissen nicht gelöst werden kann. Es war der Gedanke aufgetaucht, ob es nicht möglich sei, eine freiwillige Anleihe aufzulösen und diese in eine Zwangsanleihe umzuwandeln, wenn die freiwillige Anleihe nicht das gewünschte Ergebnis zeitigen sollte. Die Reichssozialdemokraten mochten, wie wir erfahren, die Parteien Widerstreitig geltend, und dieser Gedanke ist dann fallen gelassen worden. Dr. Rathenau hatte gleichfalls den Plan einer Zwangsanleihe ausgearbeitet und vorgelegt. Aber auch ihm gelang die Reichssozialdemokraten nicht ihre Zustimmung. Doch muß hervorzuheben werden, daß über die Notwendigkeit der Einbringung einer Zwangsanleihe zwischen Reichssozialdemokratie und Regierung die vollste Einigkeit besteht. Die Meinungsverschiedenheiten erwiderten sich nur auf die Form. Die Haltung der Zentrumspartei ist es wichtig, was nicht völlig unangebracht ist. Innerhalb der Fraktion war der Gedanke aufgekommen, daß der bekannte Hochverrat-Entwurf nicht mit dem Ge-

